



Tarifverhandlungen

Tarifabschluss in Hessen

DPoG zieht ein positives Fazit.

Am 27. März um circa 3.30 Uhr einigten sich die Gewerkschaften und das Land Hessen auf einen Tarifvertrag für die Angestellten im öffentlichen Dienst in Hessen.

Aus Sicht der DPoG Hessen ist dabei ein gutes und in wesentlichen Punkten spürbar wirksames Ergebnis erzielt worden – insbesondere für die Kolleginnen und Kollegen im Schicht- und Wechselschichtdienst.

Das Wichtigste in aller Kürze:

- Erste Erhöhung zum 1. Juli 2026 um 3 Prozent – aber mindestens 110 Euro
- Zweite Erhöhung zum 1. Oktober 2027 um 2.8 Prozent
- Erhöhung der Wechselschichtdienstzulage auf 200 Euro
- Erhöhung der Schichtdienstzulage auf 100 Euro
- Erhalt des Landestickets bis einschließlich 2028
- Erhöhung der Gehälter für Auszubildende um insgesamt 150 Euro
- Schutzregelungen für Beschäftigte bei der Einführung von KI-Anwendungen (Arbeitsplatzsicherung, Qualifizierungsanspruch)
- Der Innenminister strebt die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung auf Besoldung und Versorgung der Beamtinnen und Beamten von Land und Kommunen an.

Der Tarifvertrag mit den genannten Modalitäten endet am 29. Februar 2028.

Klare Handschrift der DPoG in den Tarifverhandlungen

Für die Verhandler der DPoG Hessen war von Anfang an klar: Besonders im Bereich der kommunalen Polizei- und Ordnungsbehörden muss sich das Tarifiergebnis deutlich widerspiegeln. Dass das gelungen ist, ist vor allem dem engagierten Einsatz der Tarifbeauftragten der DPoG zuzuordnen.

IMPRESSUM

Redaktion:
Alexander Schuster (V. i. S. d. P.)
Landesgeschäftsstelle:
Dwight-D.-Eisenhower-Str. 9
65197 Wiesbaden
Tel.: 0611.97454404
Fax: 0611.97454406
E-Mail: schuster@dpolg-hessen.de
ISSN 0723-1830

Namentlich, als Kommentar oder anders gekennzeichnete Veröffentlichungen spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion und der DPoG Hessen wider.

Guido Dersch, Tarifbeauftragter der DPoG Hessen, und Marilia Thomas, stellvertretende Tarifbeauftragte der DPoG Hessen, setzten in den Verhandlungen unsere Schwerpunkte überzeugend ein und zeigten sich nach zähen Verhandlungen mit dem Land Hessen als Gegenüber zufrieden mit den Ergebnissen der



Zur dritten Verhandlungsrunde erwarteten den Innenminister zahlreiche Gewerkschafter in Seeheim-Jugenheim.

Tarifeinigung. Guido Dersch hebt einen Teil der Erhöhung hervor: „Insbesondere die Kolleginnen und Kollegen im Schichtdienst und Wechselschichtdienst werden von dem Tarifiergebnis profitieren. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung der Wertschätzung unserer Kolleginnen und Kollegen.“

Marilia Thomas zeigt sich mit dem Ergebnis insgesamt zufrieden und zieht den Vergleich zum TVöD: „Unsere Kundgebungen haben Wirkung gezeigt, die langen und zähen Verhandlungen haben sich gelohnt. Wir konnten unsere Forderungen zwar nicht komplett umsetzen, haben aber trotz der aktuellen Haushaltslage zwei gute Erhöhungen ausgehandelt. Wir konnten mit diesem Ergebnis Anschluss an den TVöD und den TV-L halten, was auch nötig war.“

Das Ergebnis des Tarifvertrags war kein Selbstläufer, sondern das Ergebnis guter Verhandlungsführung und einem sichtbaren gewerkschaftlichen Engagement. Ein Ergebnis, von dem unter Umständen auch die Beamten des Landes Hessen profitieren. Für die DPoG und den dbb saß am Verhandlungstisch der Fachvorstand für Tarifpolitik, Andreas Hemsing. Er sieht im Ergebnis des Tarifvertrags einen „respektablen Kompromiss“. Gleichzeitig machte er deutlich, dass die Übertragung des Tarifiergebnisses auf die Besoldung der Beamtinnen und Beamten aus Sicht des dbb und der

DPoIG unerlässlich ist – auch mit Blick auf eine verfassungskonforme Alimentation. „Wir haben im Tarifkonflikt gezeigt, dass wir kämpfen können und auch in Sachen Besoldungsklage wird die DPoIG kämpferisch bleiben, bis wir eine verfassungsgemäße Besoldung haben“, sagt Alexander Glunz, DPoIG-Landesvorsitzender, mit Blick auf das Tarifergebnis. Letztlich war, ist und bleibt für die DPoIG Hessen klar: Das Ergebnis war kein Geschenk der Landesregierung, es ist das Resultat von Beharrlichkeit und gemeinsamem Einsatz für unsere Beschäftigten. Der Tarifabschluss markiert einen guten Schritt. Gerade bei der Übertragung auf die Besoldung der Beamtinnen und Beamten wird sich nun aber zeigen müssen, wie ernst es dem Land mit seiner Ankündigung ist – nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass es nach der vergangenen Tarifrunde zunächst zu einer viermonatigen Verzögerung bei der Besoldungsanpassung gekommen war.



Zusammen mit BSBD und der GdP hat die DPoIG vor der Abschiebefeinrichtung und der JVA Darmstadt eine Warnstreikmaßnahme über Gewerkschaftsgrenzen hinweg durchgeführt.

Gleichstellung

dbb frauen Seminar

Zwischen Autokauf, Frauenrechten und gesellschaftlichen Debatten

Annette Obmann, Andrea Holl und Tanja Maruhn beim Frauenseminar der dbb akademie

Autokauf, Frauenrechte, gesellschaftliche Debatten und Frauengesundheit – selten liegen so unterschiedliche Themen so nah beieinander wie beim Seminar der DPoIG Frauenvertretung. Vertreterinnen der DPoIG Hessen nahmen daran teil und nahmen zahlreiche Impulse für ihre gewerkschaftliche Arbeit mit.

Mitgliedervorteile beim Autokauf

Zum Auftakt stellte Peter Schretzmeier vom DPoIG Auto Service die Möglichkeiten vor, die Gewerkschaftsmitglieder beim Fahrzeugkauf nutzen können. Neben Rabatten ging es vor allem um praktische Fragen rund um Finanzierung, Anschlussfinanzierung und Fahrzeugkonfiguration.

Gerade aus Sicht von Frauen wurden verschiedene Lebenssituationen beleuchtet: Welche Möglichkeiten haben alleinstehende Frauen beim Autokauf? Worauf sollte man bei Finanzierung achten? Und wie funktioniert der Weg vom individuell konfigurierten Wunschfahrzeug bis zur Bestellung über DPoIG Service?

Der Austausch zeigte, dass viele Kolleginnen diese Vorteile bislang kaum kennen und hier großes Interesse besteht.

Persönliche Lebenswege und gesellschaftliche Debatten

Ein besonders intensiver Seminartag widmete sich gesellschaftlichen Entwicklungen rund um das Thema Geschlechtsidentität.

Zu Gast war Stabshauptmann Claudia Schalling von der Bundeswehr. Sie berichtete offen über ihren persönlichen Lebensweg: Aufgewachsen als Junge, trat sie 1985 in die Bundeswehr ein und leb-

te viele Jahre als Mann. Erst später entschied sie sich für den Weg der Transition und lebt heute als Frau. Eindrücklich schilderte sie die inneren Konflikte, gesellschaftlichen Vorurteile und beruflichen Herausforderungen, die mit diesem Weg verbunden waren.

Ergänzt wurde der Seminartag durch Inge Bell, Journalistin, Menschenrechtsaktivistin und Gründerin von TERRE DES FEMMES Deutschland. Sie berichtete über ihren Einsatz für Frauenrechte und die Anfeindungen, denen sie dabei immer wieder ausgesetzt ist.

In den Diskussionen wurde deutlich, wie stark das Thema Geschlechtsidentität derzeit polarisiert. Umso wichtiger sei ein offener Austausch, bei dem unterschiedliche Perspektiven gehört werden können, ohne dass kritische Stimmen vorschnell in politische Schubladen eingeordnet werden.

Besprochen wurde auch ein Fall aus Nordrhein-Westfalen, der bundesweit Aufmerksamkeit erregte: Eine Polizeibeamtin ließ 2025 ihren Geschlechtseintrag ändern. Die Behörden vermuteten einen Zusammenhang mit einer möglichen Beförderung, da Frauen bei



Hauptmann Claudia Schalling (Bundeswehr), Tanja Maruhn (stellvertretende Vorsitzende DPoIG Hessen), Annette Obmann (Schatzmeisterin DPoIG Hessen), Andrea Holl (Gleichstellungsbeauftragte DPoIG Hessen), Inge Bell (Autorin) (von links)

gleicher Qualifikation bevorzugt berücksichtigt werden können. Gegen die Beamtin wurde ein Disziplinarverfahren eingeleitet; das Verwaltungsgericht Düsseldorf bestätigte später, dass ein Beförderungsausschluss rechtmäßig sein kann, wenn der Verdacht besteht, dass eine Änderung des Geschlechtseintrags missbräuchlich zur Erlangung beruflicher Vorteile genutzt wurde.

Polizistinnen mit Kopftuch in Uniform

Auch Fragen der religiösen Neutralität im Staatsdienst wurden diskutiert. Ein zentraler Punkt war dabei das Thema Polizistinnen mit Kopftuch in Uniform. Viele Teilnehmerinnen sehen hierin eine grundlegende Frage der staatlichen Neutralität. Die Uniform steht für den Staat und die Gleichbehandlung aller Bürgerinnen und Bürger – unabhängig von Religion oder Weltanschauung.

Aus Sicht der Bundesfrauenvertreterin Angelique Yumusak gehört ein religiöses Symbol deshalb nicht zur Uniform. Wird ein religiöses Zeichen zugelassen, stellt sich zwangsläufig auch die Frage nach weiteren religiösen Symbolen oder religiösen Ausdrucksformen im uniformierten Dienst.

Frauengesundheit im Fokus

Am dritten Seminartag stand die Gesundheit von Frauen im Berufsalltag im Mittelpunkt. Isabell Soika (dbv) stellte ein Projekt vor, das ein bislang wenig beachtetes Problem aufgreift: Frauen werden bei

Herzstillständen statistisch seltener reanimiert. Ein Grund sind Unsicherheiten oder Berührungssängste bei Ersthelfern.

Um realitätsnäher trainieren zu können, entwickelte sie gemeinsam mit Kollegen einen speziellen Übungs-BH mit Brustattrappen für Reanimationspuppen. So können Erste-Hilfe-Situationen an weiblichen Körpern besser simuliert und Hemmschwellen beim Training abgebaut werden.

Auch Themen wie Menstruationsbeschwerden bei längeren Einsätzen oder Belastungen während der Wechseljahre wurden angesprochen – Aspekte, die im Berufsalltag vieler Frauen eine Rolle spielen, aber noch immer selten offen thematisiert werden.

Fazit

Das Seminar zeigte eindrucksvoll, wie vielfältig die Themen sind, mit denen sich Frauenvertretungen heute beschäftigen – von praktischen Mitgliedervorteilen über gesellschaftliche Debatten bis hin zu Fragen der Frauengesundheit.

Gerade der offene Austausch mit Kolleginnen aus verschiedenen Bundesländern machte deutlich, wie wichtig es ist, unterschiedliche Perspektiven zu hören und miteinander im Gespräch zu bleiben.

Andrea Holl,
Landesgleichstellungsbeauftragte



Eine Marke der INTER Versicherungsgruppe

Weniger Papier. Mehr Polizei.



Jetzt informieren.

Beihilfe, Anträge, Beihilfefähig?

Klingt nach Bürokratie – muss es aber nicht.

Wir übernehmen die komplette Beihilfeabwicklung mit der hessischen Beihilfe. Damit du dich auf das konzentrieren kannst, was wirklich zählt.

INTER Krankenversicherung AG

Hansaallee 154 • 60320 Frankfurt am Main

T 069 97466-0 • famk@inter.de

www.inter.de/famk

Kommunales

Bundesweiter „Tag der Begegnung“

Treffen kommunaler Ordnungsbehörden in Koblenz

Für den 26. März 2026 hatte der Fachverband kommunaler Vollzugsdienst (KVD) des DPoIG-Landesverbandes Rheinland-Pfalz bundesweit zum „Tag der Begegnung“ kommunaler Ordnungsbehörden in die Räumlichkeiten der Debeka Hauptverwaltung in Koblenz geladen.

Unter dem Motto „Austausch, Vernetzung und Information“ ging es darum, Gespräche zu führen, Kontakte zu knüpfen und sich über den Berufsalltag auszutauschen. Vorneweg danken wir dem Organisationsteam rund um den Kollegen Marko Polak für das Engagement und das „spürbare Herzblut“, das von dort in diesen Tag eingeflossen ist.

Vor Ort konnten an den Ständen zahlreicher Anbieter vielfältige Einblicke und Informationen über neueste Entwicklungen im Ausrüstungs-, Trainings- und Einsatzmittelbereich gesammelt werden. Teilweise durften diese auch „begriffen“ beziehungsweise getestet werden. Software und Lösungen für die nicht wegzudenkende Erfassungs- und Verwaltungsarbeit waren ebenso zu bestaunen wie auch innovative Entwicklungen bei persönlicher Schutzausrüstung und Möglichkeiten zur Verbesserung der Eigensicherung. Neben der Möglichkeit, einen „Pappkameraden“ dauerhaft mit Übungskartuschen aus dem Taser 10 zu beschießen, wurden als Highlight des Tages zwei freiwillige DPoIGler durch das Profiteam eines namhaften Bodycam- und Taser-Herstellers im Rahmen der Vortragsreihe auf der Bühne live getasert. Muss man als Freiwilliger „Spaß“ dran haben, denn er wirkt. Sofort, solange es notwendig ist, schonender als Faust, Stock oder Pfeffer.

Letztendlich hatte sich am Morgen auch eine Abordnung der Stadtpolizei Marburg, samt Diensthund Paul, auf den Weg nach Koblenz gemacht, um die dortigen Kollegen im Rahmen der Vortragsreihe zu unterstützen. Der Diensthundeführer OPB Andreas Prikryl präsentierte dem offensichtlich sehr interessierten Publikum in gewohnt souveräner Manier eine umfängliche Powerpoint-Präsentation über Pauls Werdegang, von ersten Gesprächen zum Thema Diensthund über Anschaffung, Voraussetzungen, tierische und weitere Bedarfe, die Aus- und stetige Fortbildung von Paul und seinem Hundeführer bis hin zu den abschließenden Ausbildungsschritten mit anschließender Prüfung von Paul und seinem Diensthundeführer an der Hundeschule des Zolls in Bleckede (Niedersachsen). Teil des Vortrags war auch die an die Ausbildung anschließende Odyssee durch den hessischen Verwaltungsapparat bis hin zum Ministerium des Inneren, für Sicherheit und Heimatschutz, von wo die Gleichwertigkeit der Schutzhundausbildung Zoll und Bundespolizei im Vergleich mit den Anforderun-

gen der hessischen Polizei letztendlich bestätigt wurde und Paul durch die zuständige Genehmigungsbehörde als weiteres Einsatzmittel (Hilfsmittel körperlicher Gewalt) für den Einsatz in der Stadtpolizei Marburg zugelassen werden konnte. Somit steht Paul nun als kommunaler Polizeischutzhund rechtlich auf sauberen Pfoten.

Das doch recht große Interesse an diesem Thema bestätigte sich im Anschluss dadurch, dass zahlreiche Kolleginnen und Kollegen das persönliche Gespräch mit Kollege Prikryl suchten. Die zahlreichen Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Bundesländern zeigen mir, dass unser hessisches Modell einer Hilfspolizei beziehungsweise die Bestallung kommunalen Vollzugspersonals nach § 99 HSOG als derzeit am besten an die aktuelle Sicherheitslage angepasst und zukunftsfähig ist. Dass auch hier Verbesserungspotenzial ist, steht außer Frage.



© Andreas Prikryl

Das Diensthundewesen ist auch beim kommunalen Vollzugsdienst ein wichtiges Thema.

Wünschenswert wären weitere Schritte der Professionalisierung in Richtung einer Vereinheitlichung der Aufgabenübertragungen, zugestandener Eingriffsbefugnisse, ein Qualitätsmanagement innerhalb Hessens sowie eine noch engere Zusammenarbeit mit der Landespolizei.

Der kommunalvollzugsdienstliche Flickenteppich über die Gesamtheit der Bundesländer ist von hier nicht mehr zu überblicken. Hier erwarten wir, dass die politischen Verantwortungsträger uns als Gewerkschaft zuhören und entsprechende Verbesserungsvorschläge im Sinne aller Beteiligten umsetzen.

*Guido Dersch,
OPB-Stadtpolizei Marburg,
Tarifbeauftragter der DPoIG-Hessen*



© DPoIG Hessen

Großes Interesse fand der Vortrag zum DEIG.